

Kurzbericht

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(16. - nicht öffentliche - Sitzung am 1. Juli 2021)

Beratungsthema:

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Antrag der Landesregierung - [Drs. 18/8180](#)

dazu:

Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2021 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2019 -

Unterrichtung durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof - [Drs. 18/9350](#)

Der Unterausschuss behandelte folgende Punkte des Jahresberichts:

1. Justiz - effizienter sichern
2. Justizwachtmeisterdienst - neu und nachhaltig ausrichten
3. Unwirtschaftliche Organisation der Internen Revision für den Justizvollzug
4. Veränderungsbedarfe bei der Innenrevision in Rechtssachen
5. Mangelnde Effektivität der Integration durch Koordinierungsstellen
6. Haftungsprüfungen in Insolvenzfällen
7. Millionenausfälle bei der Einkommensteuer aufgrund unzureichender digitaler Unterstützung beim Kirchensteuerabzug
8. Unwirtschaftlicher Kranbetrieb mit hohen Verlusten für Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG
9. Kein Bedarf für fünf Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand in Niedersachsen
10. Organisation der Verwaltungsdigitalisierung
11. Erheblicher Zeitverzug beim Programm Digitale Verwaltung in Niedersachsen
12. Unwirtschaftlicher Parallelbetrieb verschiedener eAkte-Systeme
13. Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Themenfeld Gesundheit
14. Finanzierung der Verwaltungsdigitalisierung
15. Informationstechnik an der Hochschule Hannover
16. Förderung einer privaten Naturschutzorganisation in der Lüneburger Heide
17. Projekt Aaltaxi
18. Landesengagement beim Staatsbad Pyrmont zurückführen
19. Landesgarantien und Kapitalmaßnahmen im Zusammenhang mit der Norddeutschen Landesbank
20. Einladungs- und Meldewesen für Früherkennungsuntersuchungen von Kindern
21. Personalbestand und -ausgaben des Landes - Schwere Hypothek für Haushaltsstabilität des Landes (*auf die für den 15. Juli 2021 vorgesehene Sitzung vertagt*)